

Niederschrift  
der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 11.03.2021  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 18:35 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack  
Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Christian Binder  
Herr Volker Borbe  
Herr Jan Gottschling  
Herr Ulrich Grösser  
Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Bernd Röll  
Herr Daniel Ruddies

Vertretung für Frau Ute Bartel  
Vertretung für Herrn Stefan Bauschke

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch  
Frau Kirstin Gessert  
Herr Stephan Latzko  
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith  
Frau Heidi Waschki  
Frau Kristina Wilcke  
Frau Antje Wunderlich  
Frau Karin Zech

Gäste

Frau Heike Jeziorski  
Herr Peter Mühle

## **Tagesordnung:**

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 04.02.2021
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Bebauungsplan Nr. 21 „Wohngebiet nördlich der Hermann-Burmeister-Straße“ der Hansestadt Stralsund, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: B 0011/2021
- 3.2** Bebauungsplan Nr. 72 „Urbanes Gebiet zwischen Sackgasse und Werftstraße“ der Hansestadt Stralsund - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0012/2021
- 3.3** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Boddenweg und Gustower Weg" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0014/2021
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Landschaftsentwicklung/Naherholung
- 4.2** Projekt Richtungsknoten
- 4.3** Sachstand Schwedenschanze
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den 1. stellvertretenden Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

## **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

## **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 04.02.2021**

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 04.02.2021 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltung

## **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

### **zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 21 „Wohngebiet nördlich der Hermann-Burmeister-Straße“ der Hansestadt Stralsund, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: B 0011/2021**

Frau Gessert führt kurz in die Vorlage ein. Das B-Planverfahren wurde 2016 eingeleitet. Im Jahr 2017 fand die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt. Im Jahr 2020 gab es einen Investorenwechsel, so dass das Vorhaben jetzt weiter voranschreitet. Der Stadtteil Knieper West soll in seiner Wohnfunktion gestärkt und gemischte Wohnformen angesiedelt werden. Das Verfahren soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Herr Suhr teilt mit, dass er dem B-Plan zustimmen wird. Er erkundigt sich, ob sich an den Planungen etwas verändert hat. Seines Wissens nach gab es den Investorenwechsel, weil die LEG das Vorhaben nicht wirtschaftlich darstellen konnte.

In Bezug auf den Waldabstand erkundigt sich Herr Suhr, ob eine Abstimmung mit der Forst erfolgt ist. Er hebt positiv hervor, dass die Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des B-Plangebietes erfolgen.

Außerdem erkundigt sich Herr Suhr, ob es Überlegungen gab, im Hinblick auf den Klimaschutz im B-Plan die Nutzung von Solarenergie festzusetzen.

Auf die erste Frage antwortet Frau Gessert, dass die LEG festgestellt hat, dass es ihr nicht möglich ist, das Vorhaben wirtschaftlich umzusetzen. Daraufhin wurde das Grundstück ausgeschrieben. Bei dem jetzigen Projektentwickler handelt es sich um einen Bauunternehmer, dem es möglich ist, viele Projektschritte aus einer Hand zu liefern. Deshalb ist eine wirtschaftliche Umsetzung des Projektes jetzt gegeben.

Bezogen auf den Waldabstand sind nur geringe Flächen von Baueinschränkungen betroffen. Hierzu hat es Abstimmungen mit der Forstbehörde gegeben.

Da in Knieper West Fernwärme anliegt, gibt es Überlegungen, die Häuser hieran anzuschließen. Hier liegt die Entscheidung allerdings beim Projektentwickler in Abstimmung mit der SWS.

Frau Wunderlich ergänzt, dass momentan überlegt wird, Häuser mit Flachdächern zu errichten, auf denen dann auch Dachbegrünung vorgenommen werden kann oder Photovoltaikanlagen integriert werden können. Den größten Klimavorteil sieht Frau Wunderlich allerdings darin, dass eine vorge nutzte innenstadtnahe Fläche erneut bebaut wird.

Auf Nachfrage von Herrn Röhl erklärt die Verwaltung, dass eine Festsetzung zur Nutzung der Fernwärme im B-Plan nicht möglich ist. Da die Hansestadt Stralsund über keine Fernwärmeversorgung verfügt, kann auch der Anschlusszwang nicht erwirkt werden.

Herr Haack stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0011/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.2      Bebauungsplan Nr. 72 „Urbanes Gebiet zwischen Sackgasse und Werftstraße“ der Hansestadt Stralsund - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0012/2021**

Frau Gessert erklärt, dass die betreffende Fläche die Stadtverwaltung schon seit den 90er Jahren beschäftigt. Die Fläche ist heterogen und von städtebaulichen Missstand geprägt. Der B-Plan soll eine Neuordnung schaffen. Es soll ein urbanes Gebiet entstehen, da in dem Bereich bereits eine Mischnutzung vorhanden ist. Es sind verschiedene Bau- und Wohnformen wie Einfamilienhäuser oder Teilbebauung geplant. Bei dem der Vorlage beigefügten Konzept handelt es sich um eine erste Idee, um das Potenzial und die Rahmenbedingungen des Gebietes zu veranschaulichen. Es handelt sich um eine Fläche von ca. 5 ha, wobei die Stadt und die LEG Eigentümer der meisten Flächen sind. Mit den privaten Eigentümern hat es bereits Gespräche gegeben. Es ist ein Verfahren nach § 13a BauGB vorgesehen.

Herr Suhr begrüßt das Vorhaben, auch wenn er davon ausgeht, dass das Konzept noch verändert werden wird. Er erkundigt sich, ob der historische Graben erhalten bleibt und woraus dieser gespeist wird. Frau Gessert erklärt, dass der betreffende Grabenabschnitt erhalten bleibt, seine Funktion aber verloren hat. Er wird ausschließlich aus der Topografie und Regenwasser gespeist.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0012/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24 der Hansestadt Stralsund  
"Wohngebiet zwischen Boddenweg und Gustower Weg" - Aufstellungsbe-  
schluss  
Vorlage: B 0014/2021**

Frau Zech erläutert die Vorlage. Es handelt sich um das Plangebiet des ehemaligen LIW Geländes. Der Vorhabenträger ist bereit, das innerstädtische Flächenpotenzial durch Innenverdichtung für den Wohnungsbau zu entwickeln. Geplant ist ein allgemeines Wohngebiet für den Geschosswohnungsbau. Es ist eine Zeilenbebauung entlang des Boddenweges vorgesehen. Außerdem sollen auch Stadtvillen entstehen.

Auf Nachfrage von Herrn Haack teilt Frau Zech mit, dass auch das Gebiet, welches nicht zum LIW gehörte in die Planung einbezogen worden ist. Für diese Flächen gibt es einen zweiten Vorhabenträger, mit dem die Planungen noch laufen.

Auf die Frage von Herrn Grösser erklärt Frau Zech, dass das Verfahren und die notwendigen Gutachten zeigen werden, inwieweit das Grundstück belastet ist. Der Vorhabenträger ist aber über die frühere Nutzung informiert.

Herr Gottschling erkundigt sich, ob, wenn sich herausstellt, dass in Größenordnungen Bodenaustausch auf dem Gelände vorgenommen werden muss, die Stadt sich an den Kosten beteiligt oder diese allein vom Vorhabenträger zu übernehmen sind. Frau Zech macht deutlich, dass die Kosten vom Vorhabenträger zu tragen sind.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0014/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Stimmenthaltungen      0 Gegenstimmen

**zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

**zu 4.1 Landschaftsentwicklung/Naherholung**

Einführend erklärt Herr Dr. Raith, dass es sich um ein Projekt handelt, welches über Jahre laufen und immer nur in kleinen Schritten umgesetzt werden wird. Anhand verschiedener Grafiken zeigt Herr Dr. Raith den IST-Zustand in und um Stralsund. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Hansestadt im Laufe der Jahre Waldflächen hinzugewonnen hat, derzeit ca. 350 ha. Der Wald ist durch Pflanzungen und durch Sukzession entstanden. Hinzu kommen neu entstandene Flächen durch Ausgleichsmaßnahmen. Herr Dr. Raith betont, dass es um die Schaffung eines zusammenhängenden Netzes geht und nicht um einzelne Flächen.

Der Amtsleiter des Amtes 60 führt weiter aus, dass es wichtig ist, ein gesamtstädtisches Freiraumsystem zu schaffen. Dazu gehören:

- ökologische Durchgängigkeit
- Frischluftschneisen
- Bewegungsraum

Zum Leitbild erklärt Herr Dr. Raith, dass es um kompakte, nutzungsgemischte Stadtquartiere geht, die in einer Kulturlandschaft eingebettet sind. Die Landschaft soll aus den Stadtteilen heraus innerhalb von 10 Minuten erreichbar sein.

Um Planungen umsetzen zu können, müssen Flächen gesichert und zugänglich gemacht werden. Des Weiteren muss die Landschaft kleinteilig und naturnah gestaltet werden, um sie als Aufenthalts- und Bewegungsraum attraktiv zu gestalten.

Der Amtsleiter geht auf die nächsten Schritte und erste Vorhaben ein. Da Stralsund im Norden mit der Stadtgrenze direkt an eine andere Gemeinde grenzt, sind hier vorerst keine Projekte geplant, Gespräche mit Kramerhof sollen aber aufgenommen werden.

Im Stadtwald hingegen soll es Ergänzungen der Waldkulisse und des Wegenetzes geben. In Grünhufe wird im Zuge einer Ausgleichsmaßnahme 3,2 ha neuer Wald geschaffen. Außerdem soll ein Wanderweg in Richtung Borgwallsee aufgebaut werden.

Ein weiteres Vorhaben ist eine Ausgleichsmaßnahme die noch für die Erbauung des Grünhufener Bogens geleistet werden muss. Im Bereich Tribseer Wiesen sollen unter anderem Wegebeziehungen verbessert werden. Am Andershofer Teich soll ein öffentlicher Weg entstehen, die jetzt vorhandenen Anlagen im unmittelbaren Uferbereich sollen zurückgebaut werden. Von Andershof Richtung Voigdehagen soll wegebegleitend noch in diesem Jahr eine doppelte Obstbaumreihe gepflanzt werden. In Voigdehagen wird außerdem Wald aufgeforstet. Weiter soll ein Spazierweg von Voigdehagen nach Zitterpenningshagen bis in die Försterhofer Heide entstehen.

Die ersten Schritte werden noch in diesem Jahr umgesetzt. Herr Dr. Raith erklärt, dass immer neue Maßnahmen entwickelt werden sollen und es sich nicht um ein abgeschlossenes Projekt handelt. So soll ein grünes Netz entstehen, dass dann auch für die Bevölkerung erreichbar ist.

Auf die Anmerkung von Herrn Röhl erklärt Herr Haack, dass das Thema bereits im Dezember vergangenen Jahres im Ausschuss vorgestellt worden ist.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen, Herr Haack schließt den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 4.2 Projekt Richtungsknoten**

Herr Bogusch führt in das Thema ein. Er erinnert daran, dass die Angelegenheit vor einiger Zeit bereits im Konzept „Kombiniert Mobil“ beraten worden ist. Nun soll das Vorhaben Richtungsknoten vorangebracht werden und wird deshalb noch einmal im Ausschuss vorgestellt.

Ein Fördermittelantrag ist in Vorbereitung und soll in diesem Jahr gestellt werden. Die erforderlichen Mittel wurden in den Haushalt 2021 eingestellt.

Durch Richtungsknoten soll der Verkehr gebündelt werden. Gelingen soll dies durch Schaffung von zentralen Umsteigepunkten in eine Fahrtrichtung. Um das Vorhaben umzusetzen, müssen zwei Bereiche untersucht werden: die Lage der Haltestellen und die Fahrplangestaltung. Damit mehrere Busse zeitgleich an einer Haltestelle halten können, ist es nötig, diese anzupassen und entsprechend in den Straßenraum zu integrieren.

Herr Pitzen vom verantwortlichen Büro Fahrplangesellschaft B&B mbH geht mit Hilfe einer Präsentation näher auf die Problematik ein. Die Richtungsknoten sollen helfen, Wartezeiten für die Nutzer zu vermeiden und das Ziel genauer zu erreichen.

Im heutigen Stadtbusverkehr gibt es einige unlogische Anschlüsse und das Angebot ist auf manchen Strecken aufgrund von mangelnden Taktverkehren unübersichtlich.

Ziel ist es, durch das Einrichten von Richtungsknoten vor Erreichen der Altstadt den Umstieg in eine andere Linie zu ermöglichen oder im Bus bis zum gewünschten Zielort zu bleiben. So ist es möglich, mit der gleichen Anzahl von Fahrzeugen und einem ähnlichen Betriebsauf-

wand mehr Mobilität zu erreichen und die Fußwege zu verkürzen. Herr Pitzen hebt hervor, dass das System bei möglichen Änderungen flexibel und skalierbar ist und damit finanzierbar bleibt.

Mit der vom Büro erarbeiteten Variante soll gewährleistet werden, dass Fahrgäste ihre Ziele möglichst ohne Umsteigen erreichen. Deshalb wurde ein Netz aus verschiedenen Linien mit unterschiedlichen Fahrwegen bzw. zwei halbstündliche Linien, die sich zu einem Viertelstundentakt ergänzen, entwickelt. So ist sichergestellt, dass alle Viertelstunde auf den wichtigsten Relationen das gewünschte Ziel erreicht werden kann.

Es sollen 4 Knoten entstehen.

Bauliche Veränderungen bedarf es an der Haltestelle am Knieperdamm und am Werftkreisel. Eine Anpassung der Haltestelle am Hauptbahnhof ist nicht nötig, die Anschlüsse an einige Linien könnten aber durch eine Rendezvous-Haltestelle noch verbessert werden. Die Schaffung der Richtungsknoten würde dazu führen, dass das heutige Fahrplanangebot verbessert wird oder zumindest dem heutigen Stand entsprechen.

Ergänzend führt Herr Pitzen aus, dass sich auch Regionalbuslinien in das System integrieren lassen. Er betont, dass das Leitungsvolumen der Omnibusse (Anzahl und Kilometer) nicht gesteigert wird und die Finanzierbarkeit damit gegeben ist.

Der Ausschussvorsitzende erkundigt sich nach den zu integrierenden Haltestellen und der machbaren Umsetzung.

Herr Bogusch erklärt, dass bisher die Planung für einen Knoten am Knieperdamm und in der Greifswalder Chaussee vorgenommen worden ist. Die bauliche Voraussetzung am Hauptbahnhof ist bereits gegeben, auch wenn es Verbesserungspotenzial gibt.

Im Knieperdamm soll der Knoten in Höhe Hainholzstraße eingerichtet werden. Die bereits vorhandene Busbucht muss verlängert werden. Stadteinwärts müsste der Fahrbahnrand an der Haltestelle begradigt werden, um zwei Busse dort halten lassen zu können.

Weiter führt Herr Bogusch aus, dass die Verwaltung durch einen Beschluss der Bürgerschaft zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Greifswalder Chaussee aufgefordert war. Diese Prüfung ist in der Zwischenzeit unabhängig vom heutigen Thema in Auftrag gegeben worden. Zunächst soll zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit eine Änderung in der Fahrspuraufteilung vorgenommen werden. Die Linksabbiegerspur soll verkürzt und die Rechtsabbiegespur verlängert werden, so soll eine deutliche Verbesserung im Verkehrsfluss erreicht werden.

Die Haltestelle für den Richtungsknoten stadteinwärts soll auf der rechten Spur, welche für die Tankstelle und McDonalds geschaffen worden ist, entstehen. Die Beeinflussung der Leistungsfähigkeit des Kreisverkehrs wird durch die Maßnahme nicht gesehen. Die Haltestelle soll der im Frankendamm entsprechen.

Weiter schildert Herr Bogusch die jetzige Verkehrssituation für das Einordnen der Haltestelle auf der Greifswalder Chaussee in der Gegenrichtung. Grundsätzlich soll die jetzige Situation entzerrt werden. Geplant ist, im Anfangsbereich nur eine Spur zu erhalten, Der Bypass soll dann mit „Vorfahrt gewähren“ auf diese Spur gelenkt werden, ähnlich wie in der Karl-Marx-Straße. Zusätzlich wäre es möglich, den Gehweg breiter zu gestalten und einen entsprechenden Radweg anlegen zu können. Die Haltestelle soll dort eingeordnet werden, wo die Rechtsabbiegespur dann beginnen würde. So erfolgt außerdem eine deutliche Verlängerung der Rechtsabbiegespur.

Herr Haack schlägt vor, das Thema in im Mai erneut zu beraten, nachdem die Fraktionen Gelegenheit hatten, sich mit dem Vorhaben auseinanderzusetzen. Er bittet Fragen, die im Vorfeld aufkommen, an Herrn Bogusch weiterzuleiten, damit diese zur Sitzung hinreichend beantwortet werden können.

In Bezug auf den Fördermittelantrag fragt Herr Gottschling, ob einzelne Knoten realisiert werden würden oder alle. Herr Bogusch erklärt dazu, dass das Projekt nur dann Sinn macht,

wenn alle Knoten verwirklicht werden. Der Fördermittelantrag würde über die Gesamtmaßnahmen laufen.

Herr Mühle erkundigt sich nach einer Einbindung des regionalen Busverkehrs in das Konzept. Herr Bogusch macht deutlich, dass der ÖPNV nicht Aufgabe der Hansestadt Stralsund ist, sondern diese beim Landkreis liegt. Demzufolge gibt es im Hinblick auf die Umsetzung des vorgestellten Projektes enge Abstimmungen mit dem Landkreis und dem VVR. Primär stellt das Konzept auf die Verknüpfung des Stadtverkehrs ab, es ist aber unproblematisch, den Regionalbusverkehr, wenn die Länge der Haltestelle es hergibt, mit einzubinden.

Herr Suhr erkundigt sich, ob auch bei einer veränderten Taktung das Konzept nutzbar bleibt. Weiter erfragt er die Wichtigkeit des Richtungsknotens am Hauptbahnhof und inwieweit die Ansiedlung von XXXLutz in die Überlegungen zur Greifswalder Chaussee mit eingeflossen sind.

In Bezug auf den Hauptbahnhof erklärt Herr Bogusch, dass es sich um einen Richtungsknoten (stadteinwärts oder stadtauswärts) und nicht um einen Vollknoten handelt. So ist durch den zeitlichen Versatz genügend Zeit, die Straße zu überqueren. Eine bessere Lösung wäre ein Inselbussteig, die vorhandenen Gegebenheiten können aber genutzt werden.

Das Büro, welches für die Untersuchung zur Verkehrsoptimierung auf der Greifswalder Chaussee beauftragt wurde, hat drei Varianten geprüft:

1. Eine Untersuchung der Optimierung des Verkehrsflusses, ohne das es Veränderungen gibt.
2. Eine Untersuchung bei der der Etablierung eines Richtungsknotens.
3. Eine Untersuchung bei der Etablierung des Richtungsknotens und der Ansiedlung von XXXLutz.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Konzept auch bei einer Ansiedlung des Möbelmarktes aufgeht.

Zur ersten Frage von Herrn Suhr teilt Herr Pitzen mit, dass es wichtig ist, die Taktfamilie einzuhalten. In Stralsund liegt dieser jeweils bei einer Verdoppelung (15 Min., 30 Min., 1 Stunde, 2 Stunden) Im 20 Minutentakt funktioniert das System nicht. Herr Pitzen bestätigt nochmal, dass die Integration des Regionalbusverkehrs kein Problem ist.

Herr Röhl erkundigt sich, ob eine Taktung von 10 Minuten möglich ist. Hierfür sind vermutlich die Abstände zwischen den Knoten unpassend, erklärt der Planer. Günstig ist eine Taktung wie in Gera (7,5; 15; 30; 60), in dieses System lassen sich auch leicht Regionalbusse einbinden.

Das Thema wird in der Sitzung im Mail erneut beraten. Herr Haack schließt den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 4.3 Sachstand Schwedenschanze**

Frau Gessert erläutert, dass das heutige Bau- und Bodendenkmal Schwedenschanze während des Deutsch-Französischen Krieges erbaut wurde und dem Schutz der nördlichen Seefahrt diente. Der offizielle Name des Denkmals ist Pommersche Schanze von der heute noch Gräben, eingeebnete Wälle und drei Geschützstände vorhanden sind. 1970 erfolgte die Herrichtung als Naherholungsgebiet. Es laufen derzeit Gespräche mit der unteren Naturschutzbehörde, die ein gesetzlich geschütztes Biotop in Form einer Feldhecke annimmt. Das Forstamt Schuhenhagen schätzt die gesamte Anlage als Wald ein, inklusive der vorhandenen Wiese. Frau Gessert betont, dass die Zusammenarbeit mit dem Forstamt konstruktiv



verläuft, auch im Hinblick auf den Denkmalschutz. Die Stadt als Eigentümer der Anlage befindet sich in der Verkehrssicherungspflicht, auch in Bezug auf den Wald.

Derzeit laufen in der Stadtverwaltung noch die Voruntersuchungen, so dass noch keine konkreten Planungen vorliegen. Momentan kann nur auf Unterlagen aus den Jahren 2003 und 2004 zurückgegriffen werden im Zusammenhang mit der Entwicklungsstudie zur Sundpromenade.

Die bisherigen Planungen bieten gute Grundlagen, müssen aber fortgeschrieben und an Bedarfe angepasst werden. Die Abstimmungen und Planungen sollen bis zum 3. Quartal 2021 abgeschlossen sein.

Auf Nachfrage von Herrn Haack erklärt Frau Gessert, dass die Rampe, welche Teil des Denkmals ist, erhalten bleiben sollte.

Herr Haack schließt den Tagesordnungspunkt.

#### **zu 5        Verschiedenes**

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Es folgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

#### **zu 9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Haack gibt bekannt, dass die Vorlage H 0138/2020 dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

gez. Thomas Haack  
stellv. Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung